



POSITIONSPAPIER ZUR LANDTAGSWAHL 2021

Beschlossen von den Landesjugendvorständen
am 6. Januar 2021

BUNDjugend Baden-Württemberg
Rotebühlstr. 86/1
70178 Stuttgart
www.bundjugend-bw.de

NAJU Baden-Württemberg e.V.
Rotebühlstr. 86/1
70178 Stuttgart
www.naju-bw.de

Vorwort

Politik und Gesellschaft haben die existenzielle ökologische Krise, in der wir uns befinden, schon lange erkannt. Seit der Rio-Konferenz 1992 besteht globale Einigkeit über die besondere Verantwortung der Industrieländer im Kampf gegen den Klimawandel und den Verlust der biologischen Vielfalt. Doch eine konsequente Umsetzung ökologischer Ziele unter der Einhaltung von planetaren Grenzen ist bis jetzt nicht zu erkennen. Diese planetaren Grenzen lassen sich nicht verändern, die Art und Weise, wie wir innerhalb dieser leben, hingegen schon.

Maßgebend für den anstehenden Transformationsprozess ist das Ziel, die Erderhitzung auf 1,5°C zu begrenzen und die ökologische Vielfalt zu erhalten. Dieser Transformationsprozess muss auf allen politischen Ebenen schnell umgesetzt werden, um die Probleme an der Wurzel zu packen.

Um der sozialen Gerechtigkeit auf globaler Ebene näher zu kommen, muss Baden-Württemberg seine privilegierte Rolle ernstnehmen und für eine weltweit gerechte Verteilung der Folgekosten der Klimakrise einstehen. Denn die Auswirkungen der Klimakrise sind vor allem in Ländern des globalen Südens deutlich zu spüren und dramatisch.

Wir fordern soziale Gerechtigkeit auf globaler und lokaler Ebene. Ein wichtiger Bestandteil dieser ist die Generationengerechtigkeit. Diese verpflichtet zum Handeln nach ökologischen Maßstäben. Denn gerade junge Menschen und künftige Generationen werden die Folgen der Klimakrise und der schwindenden Biodiversität tragen müssen. Damit die Belange junger Menschen in der Politik stärker beachtet werden, fordern wir eine umfassende Jugendbeteiligung.

Eine soziale und ökologische Zukunft kann es unter Beibehaltung unseres aktuellen Wirtschaftssystems nicht geben. Deshalb müssen wir auch hier neu denken und zukunftsfähige Modelle des Zusammenlebens und des Wirtschaftens entwerfen. Dabei sind die planetaren Grenzen die klaren Leitplanken und das gute Leben für alle das Ziel.

Unsere Kernforderungen für die Landtagswahlen 2021 lauten deshalb:

KLIMA retten

STRUKTUR wandeln

NATUR erhalten

JUGEND beteiligen

KLIMA RETTEN

Längst ist klar, dass nur eine deutliche Reduzierung der gesamten Energienutzung einen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann. Für die dann verbleibende Energieerzeugung muss auch Baden-Württemberg aus der Nutzung von Kohle, Mineralöl und Erdgas aussteigen und schnellstmöglich klimaneutral werden, um den menschengemachten Klimawandel wenigstens einzudämmen. Um die Erderhitzung zu begrenzen, muss ein weltweit sozial gerecht verteiltes CO₂-Budget eingeführt werden. So kann definiert werden, wie viele CO₂-Äquivalente Baden-Württemberg ausstoßen darf. Dreh- und Angelpunkt für den anstehenden Transformationsprozess ist das Ziel, die Erderhitzung auf 1,5°C zu begrenzen. Um das Klima zu retten, fordern wir bis 2030 Klimaneutralität. Dafür müssen die Klimaziele des Landes Baden-Württemberg angepasst und ihre Umsetzung stark beschleunigt werden. Zunächst müssen klare ordnungspolitische Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Folgende Bereiche müssen angegangen werden, um das Klima zu schützen:

- Eine Reduzierung der gesamten Energienutzung (Industrie, Verkehr, Wärme, Strom).
- Eine konsequente regenerative Energieerzeugung.
- Baden-Württemberg muss seine privilegierte Rolle ernstnehmen und für eine weltweite gerechte Verteilung der Folgekosten der Klimakrise einstehen.

Als konkrete Schritte fordern wir:

KLIMABUDGET GERECHT VERTEILEN

- Es dürfen nicht mehr CO₂-Äquivalente ausgestoßen werden als Baden-Württemberg nach dem weltweiten Budget pro Kopf zusteht.

GESETZLICHE VERBINDLICHKEIT SCHAFFEN

- Alle Gesetzesentwürfe müssen von der Landesregierung auf die Vereinbarkeit mit den Klimaschutzzielen des Landes hin überprüft werden.
- Der Vollzug von Klima-, Natur- und Umweltschutzgesetzen muss deutlich verbessert werden.
- Ein CO₂-Schattenpreis von 180 Euro je Tonne CO₂ muss in allen Bereichen des Verwaltungshandelns eingeführt werden. Dieser führt zu einer Einpreisung der ökologischen Folgekosten.

ENERGIEWIRTSCHAFT UMBAUEN

- Eine Photovoltaik-Pflicht für alle Neubauten und für Bestandsgebäude in Landes-
eigentum oder bei Dachsanierungen wird eingeführt.
- Der Kohleausstieg in Baden-Württemberg und bundesweit muss bis 2030 umge-
setzt werden.
- Durch eine verbindliche Wärmeplanung für alle Kommunen muss die Umwand-
lung der bestehenden Wärmenetze flächendeckend und zügig erfolgen.

VERKEHRSLÜSSE REDUZIEREN

- Der motorisierte Personenindividualverkehr muss bis 2030 deutlich um mindes-
tens 85% gesenkt werden.
- Bestehende Ziele müssen konsequent umgesetzt werden: zum Beispiel bis 2025
mindestens ein Stundentakt auf allen Schienenstrecken in Baden-Württemberg.
- Die Mobilität ist nach den Grundzügen der neuen Mobilitätskultur der Studie „Mo-
biles Baden-Württemberg“ der Baden-Württemberg-Stiftung umzugestalten.
- Im Straßenraum ist mehr Platz für den Fuß- und Radverkehr sowie den Bus- und
Stadtbahnverkehr auf Kosten der Flächen des Autoverkehrs zu schaffen. Hierfür
sind entsprechende Haushaltsmittel bereitzustellen. Auf den Neubau von Straßen
ist grundsätzlich zu verzichten.
- Die Landesregierung schafft die gesetzlichen Grundlagen zur Einführung einer
Nahverkehrsabgabe auf kommunaler Ebene. Die Nutzung der öffentlichen Ver-
kehrsmittel muss für Endverbraucher*innen klar wirtschaftlicher sein als die Nut-
zung des eigenen PKW in der Stadt und auf dem Land.

STRUKTUR WANDELN

Die Umsetzung der ökologischen Ziele scheitert nicht an gutem Willen, sie scheitert an unserer Art und Weise zu wirtschaften und daran, dass wir bis jetzt nicht dazu bereit waren, diese grundlegend zu verändern.

Es liegt in der Verantwortung der Politik, dem wirtschaftlichen Handeln klare Rahmenbedingungen zu setzen. Die aktuelle Produktionsweise verbraucht zu viele Ressourcen und hat negative Auswirkungen auf unsere ökologische Lebensgrundlage. Wir müssen weniger produzieren, weniger verbrauchen und ökologisch-sozial wirtschaften. In Baden-Württemberg betrifft dies insbesondere die Automobilindustrie. Wir sollten unter anderem darüber diskutieren, wie sich eine Minderung der Autoproduktion im Gesamten sozialverträglich organisieren lässt, statt nur – wie es derzeit vielfach versucht wird – die

bestehende Produktion auf die Elektromobilität zu verlagern. Denn solch eine Verlagerung würde die Sicht auf das Wesentliche verhindern: Die Frage, wie eine ökologische und soziale Zukunft aussehen kann, in der die soziale Absicherung nicht von Wirtschaftswachstum abhängig ist. Um also eine soziale Absicherung losgelöst von Wirtschaftswachstum zu erreichen, brauchen wir einen grundlegenden Strukturwandel. Es muss neu gedacht und neue Modelle des Wirtschaftens und des Zusammenlebens entworfen werden. Die Politik ist auf allen Ebenen, auch auf Länderebene, dafür verantwortlich, diesen Strukturwandel der Wirtschaft zu organisieren.

Als konkrete Schritte fordern wir:

FORSCHUNG AUSBAUEN

- Es müssen Perspektiven jenseits des aktuellen wachstums- und leistungsorientierten Zusammenlebens und Wirtschaftens gefunden werden. Die Forschung hierzu soll auf Betreiben des Landes ausgeweitet und durch Landesmittel finanziert werden.
- Aus Landesmitteln sollen regelmäßig durchgeführte Studien und Pilotprojekte zu nachhaltigen und wachstumsunabhängigen Wirtschafts- und Gesellschaftsformen finanziert werden. Vorbild hierfür seien beispielsweise bisher stattgefundene Experimente zu bedingungslosem Grundeinkommen.
- Die Auswertung dieser Studien und Projekte muss transparent und öffentlich erfolgen.
- Konsequenzen, die aus diesen Auswertungen gezogen werden, müssen – im Zweifel auch gegen bürokratische und institutionelle Widerstände – auf Landesebene konsequent umgesetzt werden. Zudem muss das Land ebenfalls auf Bundesebene auf eine solche Umsetzung hinarbeiten.

ANREIZE RICHTIG SETZEN

- Preise müssen den wahren Verbrauch unserer Lebensgrundlagen und die sozialen Folgen widerspiegeln, externe Kosten also vollumfänglich in die Preise eingebunden werden. Analog zur Ausweisung der Mehrwertsteuer muss es eine Ausweisung des sozialen und ökologischen Fußabdrucks auf allen Produkten im Handel geben. Alle Menschen müssen finanziell dazu befähigt werden, die realen Preise mitzutragen.
- Die Vergabe öffentlicher Gelder muss an strenge Gemeinwohlkriterien gebunden werden. Das Gemeinwohl muss dabei das Gesamtinteresse von Mensch und Natur weltweit umfassen.

- Alle Organisationen und Unternehmen in Baden-Württemberg müssen eine jährliche Gemeinwohlbilanz nach anerkannten Standards erstellen, statt der heutigen Wirtschaftsbilanzen, die lediglich die wirtschaftliche Dimension beleuchten und die sozialen und ökologischen Auswirkungen der Organisationen vernachlässigen.
- Subventionen müssen über Nachhaltigkeitsschlüssel verteilt werden. Es darf keine Subventionen mehr für Unternehmen geben, deren Arbeitsprozesse weiter auf fossile Rohstoffe setzen oder nicht möglichst klimaneutrale Verfahren nutzen. Die Einhaltung der Klimaauflagen muss regelmäßig, unangekündigt und unabhängig überprüft werden.
- Transformationsschutz statt Bestandsschutz. Frühere Investitionen in nicht-nachhaltige Geschäftsmodelle dürfen nicht durch Abschaltprämien und ähnliches legitimiert werden. Das Festhalten an überholter Technik ist durch politische Maßnahmen aufzubrechen, z.B. durch sehr hohe Steuern.
- Die öffentliche Kreditvergabe muss an positive Gemeinwohlbilanzen gebunden werden. Zum Beispiel müssen Kredite, die das Land an Betriebe oder Banken vergibt, in Einklang mit der Einhaltung des 1,5°C-Ziels stehen und es müssen klare Ausschlusskriterien implementiert sein. Gemeinwohl- und umweltschädliche Unternehmungen müssen bis spätestens Ende 2022 komplett beendet werden.

SOZIAL-ÖKOLOGISCHE BILDUNG FÖRDERN

- Schüler*innen sollen an Perspektiven einer sozial-ökologischen Transformation herangeführt werden. Hierfür müssen Konzepte erarbeitet werden. Lehrkräfte und Schüler*innen können als Multiplikator*innen dienen und müssen Zugang zu entsprechenden Weiterbildungen bekommen. Die bisherigen Bestrebungen auf Grundlage der BNE (Bildung für Nachhaltige Entwicklung) können als erste Vorlage dienen.
- Das Land soll ehrenamtliches Engagement erleichtern. Dazu zählt eine bundesweit einheitliche Regelung, die die Freistellung für ehrenamtliches Engagement über Ländergrenzen hinweg ermöglicht. Gleichzeitig muss das Recht auf fünf Tage Bildungszeit pro Kalenderjahr für Auszubildende und Studierende sowie für Arbeitnehmende gleichermaßen gelten.

NATUR ERHALTEN

Verschiedenste wissenschaftliche Studien belegen den massiven Verlust von Biodiversität auf der ganzen Welt aber auch konkret in unserem Bundesland. Junge Menschen sind in ihrer Zukunft davon direkt betroffen, da sich Biodiversitätsverlust auch direkt auf die Lebensqualität auswirkt (z.B. Bestäubung von Obstbäumen). Die Politik ist dafür verantwortlich, wissenschaftliche Erkenntnisse umzusetzen und somit dafür zu sorgen, dass der Biodiversitätsverlust schnellstmöglich gestoppt wird.

Als konkrete Schritte fordern wir:

BIODIVERSITÄT STÄRKEN

- In vielen Bereichen steht für Naturschutzprojekte zu wenig finanzielle Unterstützung zur Verfügung. Das Sonderprogramm Biologische Vielfalt muss fortgeführt und weiter finanziell gestärkt werden.
- Der Biotopverbund muss gestärkt werden, um den Rückgang von Artenvielfalt durch die Zerschneidung von Lebensräumen aufzuhalten.
- Öffentliche Gebäude und Anlagen werden naturnah gestaltet. Möglichkeiten zur Flächenentsiegelung und Stadtbegrünung müssen gefunden werden.
- Es müssen ambitionierte nationale und internationale Verpflichtungen zum Natur- und Artenschutz ausgehandelt werden. Diese und bereits bestehende Zielsetzungen müssen auch auf lokaler und regionaler Ebene gewissenhaft realisiert werden.

BILDUNG FÜR ARTENSCHUTZ AUSBAUEN

- Als Gesellschaft benötigen wir spezialisiertes Wissen zu Arten und Ökosystemen, um die Natur zu verstehen und entsprechend handeln zu können. Deshalb müssen die Artenkenntnis und das Wissen zur Natur lebenslang und schon bei Kindern gefördert werden.

LANDWIRTSCHAFT MIT NATUR- UND ARTENSCHUTZ VERBINDEN

- Ein besonders starker Verlust von Insektenvielfalt im Grünland wurde im Umfeld von intensiv genutztem Ackerland ausgemacht. Um dem entgegenzuwirken, müssen mehr Naturschutzprogramme in der Landwirtschaft eingebunden, sowie verpflichtend umgesetzt werden.
- Maßnahmen müssen entsprechend gefördert werden, zum Beispiel durch eine Erhöhung der Mittel in den Förderprogrammen FAKT und LPR.

- Der Ausbau des Ökolandbaus bis 2030 muss unterstützt werden. Das Land verpflichtet sich zunächst, den Anteil an regional, saisonal und ökologisch erzeugten Produkten in landeseigenen Kantinen und bei Veranstaltungen des Landes deutlich zu erhöhen. In Mensen öffentlicher Einrichtungen wird die Verwendung von saisonalen, regional erzeugten biologischen Produkten gefördert und die Herkunft der Produkte offengelegt.

JUGEND BETEILIGEN

Junge Menschen sind am meisten von den langfristigen Folgen der politischen Entscheidungen von heute betroffen. Sie wollen an Diskussionen und politischen Entscheidungsprozessen mitwirken, bekommen aber nur eingeschränkt Gelegenheit dazu. Aufgrund des demographischen Wandels kommt die junge Generation immer mehr in eine Minderheitenposition. Junge Menschen müssen mehr an politischen Prozessen und Entscheidungsfindungen beteiligt werden! Dabei muss beachtet werden, dass alle jungen Menschen, wie sie in ihrer Diversität in Deutschland leben, miteinbezogen werden.

Als Teil des Landesjugendrings fordern wir konkret:

PARTIZIPATION STÄRKEN

- Das Wahlalter wird auf allen Ebenen als nächster Schritt auf 16 Jahre abgesenkt. Studien bestätigen, dass junge Menschen Politik und Wahlen ernstnehmen. Mehr als ein Drittel der Wahlberechtigten sind heute über 60 Jahre alt, in zehn Jahren werden es fast die Hälfte sein. Wir befürchten, dass Themen wie der Klimawandel und Digitalisierung, die besonders Jugendliche und junge Erwachsene beschäftigen, in Zukunft vernachlässigt werden.
- Jugendliche müssen als echte Akteur*innen betrachtet und ernst genommen werden. Dafür muss ihnen die Chance auf echte Partizipation gewährleistet werden. Statt nur an Formaten teilzunehmen, deren Ergebnisse für Politiker*innen unverbindlich sind, müssen junge Menschen an konkreten Beschlüssen mitwirken können.
- Junge Menschen müssen unter anderem dort wirkungsvoll mitbestimmen können, wo sie leben und lernen (z.B. Kindergärten, Schulen oder Hochschulen). Dafür müssen von der Landespolitik umfassende Regelungen getroffen werden.

BILDUNG FÖRDERN

- Politische Bildung muss gestärkt werden. Junge Menschen brauchen für ihre politische Beteiligung eine altersgerecht aufbereitete politische Bildung, sowie geeignete Kommunikationsformate, einen gut zugänglichen Informationsfundus und die Vermittlung grundlegender Informations- und Bewertungskompetenzen. Sie müssen in die Lage versetzt werden, sich eigene Meinungen bilden zu können und Sachverhalte kritisch zu hinterfragen. Auch Formate außerschulischer politischer Bildung, wie sie zum Beispiel Jugendverbände anbieten, müssen gefördert werden.

ENGAGEMENT UNTERSTÜTZEN

- Jugendverbände müssen weiter gestärkt, gefördert und von der Landespolitik wesentlich intensiver miteinbezogen werden. In Jugendverbänden können junge Menschen Demokratie schon früh in basisdemokratischen Strukturen erleben und erlernen. Dort übernehmen junge Menschen Verantwortung und können Gesellschaft gestalten. Sie ermöglichen freiwilliges soziales Engagement und politisches Handeln. Jugendverbände sind zudem die Interessenvertretung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

INKLUSION ERMÖGLICHEN

- All diese Punkte sollen unter dem Aspekt der Inklusion betrachtet werden.